

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe anzusehen
Redaktion: S.W. 68, Cindenbergstr. 3
Telephon: Dönhoff 292 - 295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin S.W. 68, Cindenbergstr. 3
Telephon: Dönhoff 2508-2507

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Kabinett der schönen Worte.

Kampfaufgabe der Sozialdemokratie.

Im Reichstag begann heute die große Aussprache über die deutsche Regierungserklärung. Auf unserer Seite Dr. Breitscheid, folgend Graf Westarp für die Deutschnationalen, Fehrenbach für das Zentrum, Dr. Schulz für die Deutsche Volkspartei, Koch für die Demokraten. Danach folgen noch Vertreter der Bayerischen Volkspartei, der Kommunisten und der Wirtschaftspartei und hinterher eine zweite Garnitur für die die Namen Müller-Franken und Behrens bisher festsetzen.

Die Sitzung wird vom Präsidenten Löbe um 12.20 Uhr eröffnet. Der Präsident stellt die Konstituierung der Regierung und einiger Ausschüsse mit. Zur Besprechung der Regierungserklärung erhält das Wort

Dr. Breitscheid (Soz.):

Wir haben gestern eine Regierungserklärung gehört, die sich in verschiedener Weise von den programmatischen Erklärungen unterscheidet, die im Laufe der Jahre von verschiedenen Reichskanzlern gemacht worden sind. Das Bemerkenswerteste war der Eifer, mit dem Herr Dr. Luthers sich bemühte, die Probleme zu berühren, die einzelnen Klassen des Volkes interessieren. Es war eine Reise um unsere ganze Politik in dreißig Minuten. Es gibt nichts, worauf die Regierung nicht ihre Aufmerksamkeit zu lenken versteht. Dr. Luther gleicht dem Schiller'schen Mädchen aus der Fremde. Er ist sehr eine Gabe, Blumen und Früchte aus, oder er hat es wenigstens gesprochen. Eine solche Eignung eines solchen Regierungsprogramms oder geht auf Kosten der Intelligenz. Weniger wäre mehr gewesen. Wir hätten gewünscht, daß einige Fragen mehr vertieft worden wären. Auch wenn darüber anderer zu kurz gekommen wäre.

Doch es hängt wohl mit dem Charakter dieses Kabinetts zusammen, daß es sich genügt glaubt, nach möglichst vielen Seiten ein mehr oder weniger fliehes Koerper zu machen.

Es hat mehr als jede Regierung nötig, nicht von vornherein anzusetzen. Unter solchen Umständen wäre ein Eingehen auf Einzelheiten für den Redner eine Gefahr gewesen und man besäße sich damit, den guten Willen zu betonen und die Berücksichtigung möglichst aller Wünsche in Aussicht zu stellen. Es war eine Programmrede für eine Politik der mittleren Linie. Der Reichskanzler verlor sich auf dem gespannten Drahtseil dieser mittleren Linie im Gleichgewicht zu halten,

man sah förmlich die Bilanzlektüre.

(Beifall und Heiterkeit.) Diese Regierungserklärung ist aus einer Masse gefasst, die elastisch nachgibt, wenn man einen Druck auf sie ausübt. (Heiterkeit.) Nichts wäre verfehlter, als die Erklärung des Herrn Dr. Luthers als ein Ding an sich zu betrachten. Es ist unmöglich, sie zu betrachten losgelöst von ihrer Entstehungsgeschichte und von den Personen, für die sie gegeben wurde. Das fällt doch auf den ersten Blick auf. Die Personen, die in diesem Kabinett vereinigt sind, haben, soweit sie Parteien anerkennen und nicht völlig unbeschriebene Blätter sind, doch ein persönliches und ein Parteiprogramm neben dem Regierungsprogramm. Und diese Programme in Einklang zu bringen mit der Erklärung dürfte wahrhaftig nicht immer leicht fallen.

Zunächst die Entstehungsgeschichte. Wir haben eine neue Regierung vor uns. Man erwartet zu hören, warum sie gekommen ist, und worin sie sich von ihrer Vorgängerin unterscheidet. Wir wechseln doch die Kabinette nicht aus Freude am Wechseln oder auch nicht, um in Ihrem Vorgehen zu reden, um jemand anderes an die Futtertruppe kommen zu lassen. Es müssen doch sachliche Gründe vorliegen. Aber von diesen sachlichen Gründen haben wir gestern gar nichts gehört. Wir wissen auf Grund der Erklärung des neuen Reichskanzlers wahrhaftig nicht,

warum denn das Kabinett Marx befristet werden mußte, und warum den Verlassen des ehemaligen Reichskanzlers, eine neue Regierung zu bilden, Hindernisse von den Parteien in den Weg gelegt worden sind, die jetzt im Kabinett vertreten sind, und für die gestern eine Erklärung abgegeben wurde, die auch Herr Marx hätte abgeben können.

Auch das Kabinett Marx hat sich vorgestellt und hat gehandelt als Kabinett der mittleren Linie. Und wenn Herr Dr. Luther die mittlere Linie innehalten will, dann verstehen wir nicht, warum er den Schwerpunkt so deutlich erkennbar nach rechts verlegt hat. Das sind Widersprüche, die der Ausführung bedürfen, die aber nur aufgeführt werden können, wenn wir uns in unseren Erörterungen nicht auf die lutherische Konfession von gestern beschränken.

Wenn Herr Dr. Luther den wahren Charakter des Kabinetts wirklich gekennzeichnet hätte, dann ist die Ärtzenmacherei erst recht ein Verdrehen. (Stürmischer Beifall.)

Dann verstehen wir nicht, wie sich Herr Dr. Luther zu diesem Spiel hergegeben hat. (Erneuter Beifall.) Die Krise hat nicht erst eingesetzt im Augenblick, als die Resultate der letzten Wahl bekannt wurden. Sie datiert seit dem August des vergangenen Jahres, seit dem Brüche der Deutschen Volkspartei vom 28. August, in dem es wörtlich hieß: „Übernimmt die Deutschnationale Volkspartei die Verantwortung für das Zustandekommen des Londoner Paktes mit uns, so wird die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei mit allen Mitteln auf einer ihrer Bedeutendsten teilnehmenden an der Regierung bestehen.“ Wir wissen, in welcher kläglicher Form daraufhin die Deutschnationalen die Verantwortung des Dames-Pakt mit übernehmen, und daß die „Kreuzzeitung“ feststellte, daß

Ihr Abweichen durch das Verhandlungsangebot der Deutschen Volkspartei eingeleitet und durch die Zustimmung des Bürgerblocks befestigt worden ist.

Die Deutsche Volkspartei setzte als Hebel in Bewegung, um den Bürgerblock zu zwingen. Insbesondere Herr Dr. Stresemann hat mit einer Konsequenz, die sonst nicht gerade zu seinen Stärken gehört (Heiterkeit und lauter Beifall), diese Linie

verfolgt. Herr Stresemann, der einstmal's Herold und Propagandist der Großen Koalition gewesen ist und von dem wir von dieser Stelle begeisterte Worte für die Notwendigkeit des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie gehört haben (Anruhe bei der Volkspartei), er ist jetzt der eifrigste Propagandist des Zusammengehens mit den Deutschnationalen geworden und kann sich rühmen, in diesem Spiele der Sieger geblieben zu sein. Seinen Gedanken gängen zu folgen, ist ja nicht immer leicht gewesen. Er hat in einem Kleinguge die Außenpolitik des Kabinetts Marx verächtlich und die Heranziehung derer empfohlen, die diese Außenpolitik vor dem Volke verächtlich gemacht haben.

Eine Erklärung für diesen Widerspruch kann bestenfalls darin liegen, daß Dr. Stresemann glaubt, die Deutschnationalen in der unangenehmen Temperatur des Kabinetts zu einer Veränderung ihres Sinnes und ihres Standpunktes bestimmen zu können. Herr Stresemann hofft, die Deutschnationalen zu überreden und zu überzeugen. Nach einem Dichtermotiv fällt zu überzeugen seinem Überzeugten schwer. Aber ob Herr Stresemann der Überzeugte ist, der tröstlich in seiner eigenen unbeirrten Haltung auf andere wirken kann, das ist die große Frage. (Lebhafte Zustimmung.)

Daran möchte ich trotz der Erklärungen von beiden Seiten zweifeln und doch auch meinen, daß die Deutschnationalen an ihrer grundsätzlichen Auffassung dessen, was unter Dr. Marx geschehen ist, festhalten. (Erneute Zustimmung links.) Das Wort des anderen Luther: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders“ ist durch die Partei des Herrn Hergt einigermaßen kompromittiert worden. (Heiterkeit.) Ihren Wählern haben Sie die Wendung aller Dinge für den Fall Ihres Eintritts in die Regierung in Aussicht gestellt. Wenn es jetzt zu Auseinandersetzungen im Kabinett kommen sollte (Zuruf rechts: Das möchten Sie), so fürchte ich, daß die Befehlsbefehls Stresemani's mit seiner eigenen Befehls werden werden (Heiterkeit) und daß die Erklärung Dr. Luthers ein Stück Papier bleibt.

Die Schaffung des Bürgerblocks schloß sich zunächst an dem sehr anerkanntermaßen Widerstand der demokratischen Fraktion. (Lebh. Zuruf rechts.) Ich würde es auch bei Ihnen anerkennen, wenn Sie sich so auf dem Boden der Republik stellen würden. In dem demokratischen und republikanischen Verhalten der demokratischen Fraktion schloß sie der Bürgerblock. Es kam zur Auflösung und zur Neuwahl. Die Neuwahl hat nicht das klare und eindeutige Ergebnis gebracht, das viele erhofft hatten. Aber sie ist doch so angefallen, daß nicht behauptet werden kann, eine Schwärzung nach rechts sei notwendig oder gar unvermeidlich gewesen und von den Wählern gewünscht worden. Dr. Marx ist bei all seinen Versuchen, die Regierung der Mitte wieder zustandzubringen, immer wieder daran gescheitert, daß er im entscheidenden Augenblick

die Steine der Deutschen Volkspartei auf seinem Wege gefunden hat. Zu unrecht macht man das System der parlamentarischen Demokratie für das Scheitern der Regierungsbildung verantwortlich. Nicht das Instrument trägt die Schuld, sondern die Tatsache, daß wir es noch nicht recht zu gebrauchen verstehen, und daß sich unser Parteiorganismus noch nicht völlig darauf eingestellt hat.

Wir leiden aus der Zeit des Obrigkeitstaates her an einem Heberfluß von Parteien, die damals nicht in die Lage gekommen sind, die Verantwortung übernehmen und ihre Theorien in die Praxis umsetzen zu müssen. Unser gegenwärtiges Wahlsystem hat diese Gruppenbildung noch erleichtert. Das deutsche Volk hat sich noch nicht völlig an den Zustand gewöhnt, in dem es durch seine gewählten Vertreter die Politik des Landes selbst zu bestimmen

hat. Es hat noch nicht gelernt, sich bei den Wahlen auf die jeweils wichtigsten Fragen des Augenblicks zu konzentrieren und so ein Parlament zu schaffen, das eine klare Mehrheitsbildung ermöglicht. Aber auch den Parteipolitikern selber fehlt es vielfach an der nötigen Entschlossenheit, im gegebenen Augenblick die Verantwortung zu übernehmen. Das gilt diesmal insbesondere von der Zentrumspartei, deren Politik sich in den letzten Wochen nicht gerade durch Gradlinigkeit und Entschlossenheit ausgezeichnet hat. (Sehr laut links.) Es konnte sich nicht für rechts und nicht für links entscheiden und sein Sachverhalte nach Kombinationen, die sich auf einer Minderheit aufbauen müßten, hat der Deutschen Volkspartei ihr verhängnisvolles Spiel außerordentlich erleichtert.

Es gab andere Möglichkeiten, und dazu hätte, vorausgesetzt, daß das Zentrum die nötige Entschlossenheit aufbrachte, die

Wiederherstellung der alten Weimarer Koalition

gehört. (Beifall rechts.) Die Sozialdemokraten waren trotz aller Bedenken, die bei uns gegen Koalitionen überhaupt bestehen, doch bereit, zumal in einer Zeit, wo man noch nicht sagen kann, daß die gegenwärtige Lage ganz einfach ist, zur Weiterführung der Weimarer Politik.

Wir wollten es darauf ankommen lassen, ob sich im Reichstag eine Mehrheit findet, die bereit ist, eine Regierung zu stützen, die die Politik der Regierung Marx fortsetzt. Nach der gesagten Erklärung Dr. Luthers würden wir noch weniger verstehen, daß sich eine solche Mehrheit finden könnte. Allerdings ist an der Möglichkeit einer solchen Mehrheit nicht zuletzt das Verhalten der Kommunisten schuld. (Lebhafte Zustimmung links.)

Der Kampf um Preußen.

Deutschnationaler Sturm gegen Braun.

Präsident Bartels eröffnet die Sitzung des Landtags 11 Uhr der gesetzlichen Mitglieder, also 200, genügen. Der Redner erklärt, (Komm.) der Abg. Seemann in den Landtag eintritt.

Die große politische Aussprache zur Regierungserklärung wird fortgesetzt.

Als erster Redner nimmt das Wort

Abg. Baeder-Berlin (Dnl.):

Die These des Ministerpräsidenten Braun — Ministerpräsident nach unserer Überzeugung nicht mehr als verfassungsmäßiger, sondern nur noch als tatsächlicher Inhaber dieses Postens —, er brauche auch im neuen Landtage nur einen förmlichen Mißtrauensvotum nach Art. 57 der Verfassung zu weichen, droht den Landtag und das Land in einen schweren Konflikt zu stürzen. Das förmliche Mißtrauensvotum kann nur mit Zustimmung mindestens der Hälfte der zur Zeit der Abstimmung vorhandenen gesetzlichen Mitglieder des Landtages ausgesprochen werden, bedarf also zur Annahme einer größeren Mehrheit als eine Verfassungsänderung. Auf den gegenwärtigen Landtag abgestellt, sind zur Annahme eines Mißtrauensvotums 225 Abgeordnete nötig, während zur Annahme einer Verfassungsänderung zwei Drittel von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitglieder, also 200, genügen. Der Redner erklärt, daß die These des Ministerpräsidenten Braun der gesamten Struktur der Preussischen Verfassung wie dem Sinn und auch dem Wortlaut der einschlägigen Bestimmungen widerspreche. Auch die Denkschrift des Justizministeriums verrate eine solche Auffassung. Ebenso wie die Äußerung des Zentrumredners, das Staatsministerium siehe völlig selbstständig neben dem Landtage. Zutreffend sei die Auffassung des Redners der Deutschen Volkspartei, des Herrn v. Campe, das Staatsministerium habe wie früher einem neuen Monarchen, so jetzt einem neuen Landtag als dem Inhaber der preussischen Staatsoberhoheit nach der neuen Verfassung seine Aemter zur Verfügung zu stellen. Die Souveränität ist heute von der Regierung auf die Landtagsseite hinübergewechselt. Die These des Herrn Braun aber will dem Staatsministerium eine höhere Dauerhaftigkeit zuschreiben als dem Landtag.

Der Landtag besitzt auch nicht den Charakter einer Kontinuität. Als objektive Institution ist der Landtag allerdings konstant, aber als subjektiver Inhaber der Landtagsgewalt ist jeder neue Landtag eine besondere neue Rechtspersonlichkeit. Die These Braun widerspricht auch den Bestimmungen der Verfassung. Die Bestimmungen, daß der Landtag den Ministerpräsidenten wählt und die weitere Bestimmungen, daß das Staatsministerium als solches und jeder einzelne Staatsminister des Vertrauens bedürfen, enthalten Grundrechte des Landtags, um die unmöglich ein einzelner Landtag geführt werden kann. Mit ihrer Auslegung des Satzes 1 des Artikels 57 verlegt die These Braun nicht nur die Preussische Ver-

fassung, sondern auch das Reichsrecht, das bekanntlich Bundesrecht bricht. Von Bedeutung ist auch der Ausdruck „anzusehen“, daß nämlich ein Vertrauen nur entzogen werden kann, das die entziehende Rechtspersonlichkeit selber ausgesprochen hat. (Widerpruch in der Mitte und links.) Herr Braun hat das alles wohl auch selber empfunden, darum hat er mit Hilfe von allerhand Redensarten die Dinge so hinzustellen gesucht, als habe das preussische Volk bei der Wahl am 7. Dezember sich für die Politik der Großen Koalition und damit für die Politik des Ministeriums Braun entschieden. Das ist eine ungewöhnliche Herausforderung der Wahrheit. Wie würde Herr Braun selber es nennen, wenn im geschäftlichen Leben eine G. m. b. H. den Anteil eines Geschäftsherrn, der in aller Form rechtens aus der Gesellschaft herausgezogen worden ist, nachher noch als Aktium in ihre Bilanz einstellen wollten, um sich dadurch einen Vorteil zu verschaffen? (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit rechts.) Herr Braun hat sich gegen eine Mehrheit des Landtages, gegen den klar ausgesprochenen Volkswillen weiter an der Macht zu erhalten versucht. Die These des Kumpfkabinetts würde auch zu unmöglichen Folgerungen führen. Nach unserer Überzeugung wäre es

kein Verfall für den preussischen Staat, wenn solche Köpfe sietern.

Ob sich die Etablierung einer Minderheitsregierung mit dem parlamentarischen System verträgt, sei dahingestellt; für ein demokratisch-parlamentarisches System aber ist die These Braun völlig unmöglich.

Nach dem Abg. Baeder (Berlin) sprach der Demokrat Schreiberhals: Schwäche und Hilflosigkeit, erklärte der demokratische Redner, charakterisieren die Opposition. Warum? Einfach deswegen, weil der Führer der Opposition, die Deutsche Volkspartei, heute alles das verbrennen will, was sie gestern noch angeboten hat. Herr v. Campe setzte den Verfassungskampf in Analogie zu gewissen Bestimmungen des bürgerlichen Rechts. Er meinte, wenn z. B. der Auftraggeber stirbt, erlösch auch der Auftrag. Im BGB. steht jedoch das genaue Gegenteil: Beim Tode des Auftraggebers erlischt im Zweifelstall der Auftrag nicht. (Große Heiterkeit.) Im übrigen hat die Deutsche Volkspartei ja doch selbst der Bestimmung zugestimmt, daß Verfassungsklagenfragen an den Staatsgerichtshof überwiesen werden sollen. Bei dem ganzen Kampf, so schloß der demokratische Redner, handelt es sich aber nicht um Verfassungsklagenfragen, sondern lediglich um politische Dinge. Die Deutsche Volkspartei wollte sich einseitig gegenüber den Deutschnationalen sichern. Sie hat Parteiaktualität über die staatspolitischen Erwägungen gestellt. (Beifall links.)

(Schluß im Morgenblatt.)

